

**Aus der Bundesversammlung**

**Nationalrat**

Sitzung vom 20. Juni — Vorsitz: Arthur Eugster

**Neutralitätsbericht**

Wirtschaftliche Maßnahmen des Volkswirtschaftsdepartements Chuard (freis.-dem.) begründet folgende Postulate der Kommission vom 8. Juni 1916.

**I.**

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, auf welche Weise, außer den von ihm zur Bekämpfung der Spekulation mit Lebensmitteln und der daraus entstandenen Teuerung getroffenen Maßnahmen, noch weitere angeordnet werden könnten, um sein Eingreifen wirksamer zu gestalten; im besondern wird der Bundesrat ersucht, Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls durchzuführen, die den Zweck verfolgen:

1. Den Handel mit Lebensmitteln, sowie mit den unentbehrlichen Bedarfsgegenständen auf Personen zu beschränken, die im Handelsregister eingetragen sind oder die vor Kriegsausbruch in der Schweiz niedergelassen waren;
2. diesen Handel, namentlich soweit er monopolisierte Waren beschlägt, einer Aufsicht zu unterstellen und ihm beispielsweise die Anlage leicht überprüfbarer Kontrollen aufzuerlegen.

**II.**

Der Bundesrat wird eingeladen, mit Rücksicht auf die durch den gegenwärtigen Krieg hervorgerufene Krise ohne Verzug zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, Bundesbeiträge zur Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter und ihrer Versicherungskassen zu bewilligen, immerhin unter der Bedingung, daß sich Kantone oder Gemeinden an diesem Hilfswerke ebenfalls beteiligen.

**III.**

Der Bundesrat wird eingeladen, Maßnahmen zur Regelung des Kartoffelmarktes und zur Bekämpfung der Preistreiberien zu treffen. Als solche Maßnahmen kämen insbesondere in Betracht:

- a. Aufhebung von Spekulationsverträgen;
- b. Anwendung des Verkaufszwanges, unter weitestgehender Berücksichtigung des Eigenbedarfes der Produzenten;
- c. möglichste Beschränkung des Zwischenhandels;
- d. Aufnahme einer Statistik der inländischen Kartoffelernte zu geeigneter Zeit und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse, und
- e. Festsetzung von Höchstpreisen.

**IV.**

Der Bundesrat wird eingeladen, der Versorgung des Landes mit milchzeugenden und für die Mast geeigneten Futtermitteln seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und bei den Regierungen der Produktions- und Transitländer alle zur Erreichung der Einfuhr geeigneten Schritte zu tun.

Bei III stellt Chuard mit Bühlmann, Mussy und Walther einen Minderheitsantrag, wonach die Bestimmung unter b (Verkaufszwang) gestrichen würde.

Grimm (soz.): Die Wirtschaftsfragen haben auch eine Bedeutung für die Neutralität des Landes. Die Teuerung ist so groß, daß auch verhältnismäßig gut bezahlte Arbeiter an der Grenze sind, wo das Einschreiten des Staates notwendig wird. Die Situation wird sich beim Frieden noch verschärfen. Zu denken gibt uns die Wirtschaftskonferenz der Alliierten und die schlimme Lage im Zweibund, die nur dazu führt, daß die Blockade immer verschärft wird. Der Druck auf die Schweiz wird von beiden Seiten immer schärfer. Wir wissen auch nicht, wie sich die Ernte im Inland und die weitere Versorgung des Landes gestaltet. Die Unterstützungsbedürftigkeit in den Gewerkschaften ist durch den Krieg stark gestiegen, seither ein wenig zurückgegangen. Redner polemisiert wieder gegen die Presse und behauptet, in einem Blatt sei gesagt worden, der Rat solle über diese Wirtschaftsfragen nicht sprechen. (Er unterläßt es, dieses angebliche Blatt zu nennen.) Wir müssen das Ventil im Rat öffnen, damit nicht draußen im Volke eine Explosion erfolgt. Die Teuerung erklärt sich zum Teil aus der Vertrauenslosigkeit der Behörden, die nicht rechtzeitig die nötigen Maßnahmen ergreifen wollten. Millionengewinne wurden z. B. im Käsehandel gemacht. Ausländer und Inländer sind in gleicher Weise an der Spekulation beteiligt. Ungeheure Vorräte wurden angehäuft und dem Konsum entzogen. In Rorschach wurde das Lagerhaus zu klein, man mietete Fabrikräume zum Aufstapeln von Spekulationswaren. Man spekulierte namentlich auch mit Rohbaumwolle, die ausländischen Banken gehört, welche dann einen andern Besitzer vorzögen. Es betrifft dies ein Lager in Turgi. Der Wucher wird gefördert durch unsere schweizerischen Banken. Die Kosten tragen die breiten Schichten der Bevölkerung. Dem Aufkauf von Lebensmitteln in Verbindung mit den Ausfuhrverboten ist zu spät entgegengetreten worden. Erst wird die Ware aufgekauft und dann eine Ausfuhrbewilligung erwirkt. So vergrößerten wir unsere eigene Zwangslage. Auf den Zeitpunkt des Friedens hin werden auch schon Vorräte angelegt. In anerkannter Weise ist in den letzten Monaten dem Treiben entgegengetreten worden. Auch bei den Kartoffeln wurde Spekulation getrieben. Bauern und Megger sind nicht einig über die Gründe der Fleischverteuerung; die Megger sagen, die Schlachtviehpreise werden durch Spekulation hochgetrieben, die Bauern sagen, die Fleischpreise seien höher gestiegen als die Schlachtviehpreise. Auch die Landwirtschaft will wie der Handel die Situation ausnützen. Der Eierhöchstpreis wird umgangen. Laur hat erklärt, die Landwirtschaft könne sich den Höchst-

preisen nicht unterziehen. Man ist also der Landwirtschaft nicht zu Dank verpflichtet.

Wegen unserer Abhängigkeit vom Ausland muß jeder Schein vermieden werden, daß wir wirtschaftlich nicht neutral seien. Nicht aus bösem Willen, aber aus Sorglosigkeit hat man sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Redner tritt auf die sogenannte Schokoladeaffäre ein. Das Kontingent der Schokoladefuhr nach den Zentralmächten ist sehr stark überschritten worden. Das ist in dieser Zeit unverantwortlich. Es hilft nichts, die Sache auf die kleinen Häuser zu schieben. Verwaltungsratspräsident einer Firma, die in Betracht fällt, ist Mitglied des andern Rates.

Man hat im Herbst Heu ausgeführt, jetzt langen die Vorräte nicht mehr und man beschlagnahmt Heuvorräte.

Präsident: All diese Ausführungen sind beim Politischen Departement zur Diskussion gestanden.

Bundesrat Schultheß: Die Heuexportfuhr gehört in mein Departement, die Schokoladefuhr ins Politische Departement. Ich bin aber bereit, auch darauf zu antworten.

Grimm (fährt fort): Ich erhebe keinen Vorwurf gegen die Organe der Zollverwaltung, aber nach wie vor versucht man, auf dem Wege des Schleichhandels die Ausfuhr zu vollziehen. Das bringt das Land in Mißkredit, und es werden nicht die Profitschieber sein, die die Folgen zu tragen haben. Es scheint mir, daß die Maßnahmen zu spät kommen und deshalb ein Teil der Schuld an der ungeheuren Verteuerung auf die Behörden zurückfällt. Man hat den Eindruck, daß jeder Abteilungschef selbständig handelt. Unter diesem System der Desorganisation leidet alles. Man sollte eine außerparlamentarische Kommission einsetzen. Mit der Beschlagnahme kann man das Uebel noch nicht beseitigen. Der Großhandel muß schärfer beaufsichtigt werden. Erst als der Druck von allen Seiten kam, ging man zur Verstaatlichung des Kompensationshandels über. Der Staat hätte da einen Teil der Gewinne des Privathandels machen können. Es kommt nicht auf die Postulate an, sondern darauf, ob im Bundesrat der Wille vorhanden ist, die sich aus der Situation ergebenden notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Der Verkaufszwang für Kartoffeln sollte nicht gestrichen werden. Holland denkt an ein Ausfuhrverbot, Deutschland kann nicht mehr liefern, unsere Ernte verspricht nicht viel. Da muß die Landwirtschaft auf ihr Privileg verzichten; man hat den Verkaufszwang durch die Monopole auch auf anderen Gebieten. Dabei sollen die Bedürfnisse der Produzenten in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden. Auch die Kontingentierung der Lebensmittel sollte mit Rücksicht auf die kommenden Schwierigkeiten geprüft werden. Da wird der Privathandel nur in geringem Maße mitwirken können. Die Massenspeisung kann nur durch die Behörden erfolgen. Heute sollte man das vorbereiten durch Erhebung über die Bestände und vergleichen. Es wird nicht vom Militärdepartement abhängen, ob man die Brotkarte einführt oder nicht. Bisher hatten wir die Diktatur der Wenigen. Es könnte die Diktatur der Vielen kommen, die dann nicht geschäftsmäßig ist. Es könnten bedauerliche Dinge eintreten, denen man rechtzeitig vorbeugen muß. Deshalb ersuchen wir um Annahme der Postulate.

Sofmann (soz., Thurgau) spricht zu Postulat II (Arbeitslosenunterstützung). Die Unterstützung der Arbeitslosen und ihrer Versicherungskassen ist ein sehr weites Arbeitsgebiet, das viele Schwierigkeiten bildet. Redner gibt zahlenmäßigen Aufschluß über die seit Kriegsausbruch ausgerichteten Summen. Rund 700,000 Franken sind 1914 ausgerichtet worden gegen 300,000 im Vorjahr. Die staatliche Beteiligung hat sich von 1913/14 verzehnfacht. Die Kriegsnot hat die Unterstützungskassen sehr verschieden stark in Anspruch genommen. Nun wollen diese Kassen alle ganz gleich subventioniert werden. Das will doch wohl überlegt sein. Es ist nicht das gleiche, ob eine Kasse schwer beansprucht wurde oder nicht, ob sie alles tat, um der Not entgegenzutreten, die Reserven aufbrauchte oder nicht usw. Es gibt Kassen, die ihre Leistungen erweiterten, andere, die sie reduzierten. Redner geht auf die Verhältnisse bei den verschiedenen Berufsverbänden ein.

(Die Sitzung dauert fort.)

Zu unserm gestrigen Bericht über die Rede von Bundespräsident Decoppet ist berichtigend nachzutragen, daß das Oberkriegskommissariat das Getreide 444 Tage unter und 180 Tage über dem Tagespreis verkauft hat.